

TOP 1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
---------------	--

☐ Rücksprache

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 3. Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ wird heute weiterhin zu folgenden Themen berichtet:

9.2 Soziale Stadt Moisling - Aktueller Sachstand zur Durchführung vorbereitenden Untersuchungen

9.3 Schwangerschaftskonfliktberatung – Zielvereinbarungen

Der Tagesordnungspunkt 6.3 „AWO-Frauenhaus – Projektvorstellung“ muss aufgrund der Erkrankung der Berichterstatte(r)innen von der Tagesordnung genommen werden.

Die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses teilen jedoch mit, dass Sie gerne in einer der nächsten Sitzungen berichten möchten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Weiter teilt der Vorsitzende mit, dass Herr Senator Möller die Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit um die Vorlage „Soziale Stadt Buntekuh – Beendigung der Programmumsetzung“ erweitern möchte.

Für die Erweiterung der Tagesordnung ist die Abstimmung des Ausschusses und eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

Herr Senator Möller erteilt Herrn Selk aus dem FB 5 das Wort, mit der Bitte, die Dringlichkeit für die Vorlage zu begründen.

Herr Selk begründet die Dringlichkeit ausführlich.

Eine Frage des Vorsitzenden hierzu beantwortet Herr Selk damit, dass die Frist des Innenministeriums Ende Februar ausläuft. Dann würde eine Förderung für das Quartiersmanagement in Buntekuh nicht mehr bestehen und die Stadt müsse für 4 Monate die Kosten hierfür selbst tragen.

Der Vorsitzende bittet den Ausschuss um Abstimmung darüber, ob die Tagesordnung um im Rahmen der Dringlichkeit erweitert wird.

Der Erweiterung der Tagesordnung wird aufgrund der Dringlichkeit mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zugestimmt

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Der Vorsitzende erklärt, dass der Gegenstand nunmehr dem TOP 7.1 zugeordnet wird und schlägt vor, den TOP 7.1 „Soziale Stadt Buntekuh – Beendigung der Programmumsetzung“ und den TOP 9.2. „Soziale Stadt Moislting - Aktueller Sachstand zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen“ unter TOP 7 gemeinsam zu beraten.

Der Ausschuss ist einverstanden

Die Tagesordnung ist damit festgestellt

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 4. Feststellung der Niederschrift vom 05.02.2013

Der Vorsitzende teilt mit, dass es zur Niederschrift Nr. 36 über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 05.02.2013 keine Anmerkungen gab, weder schriftlich noch mündlich.

Es erfolgen keine Einwände.

Die Niederschrift ist damit festgestellt

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 5. Mitteilungen des Vorsitzenden

5.1 Informationen zur nächsten Sitzung

Vor Sitzungsbeginn wurde den Ausschussmitgliedern eine Information zu den Abgabefristen für die kommende Sitzung umverteilt.

5.2 Gesunde Städte Nachrichten

Vor Sitzungsbeginn wurde den Ausschussmitgliedern die neue Ausgabe der Gesunde Städte Nachrichten umverteilt.

Kenntnisnahme der Mitteilungen en bloc

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 6. Berichte

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 6.1. Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen

Frau Roggensack teilt mit, dass in den SeniorInnenEinrichtungen (SIE) weiterhin ausgebildet wird. Geplant sei, wieder je 8 HauswirtschafterInnen und AltenpflegerInnen auszubilden. Die Vorstellungsgespräche würden im März stattfinden.

Weiterhin teilt sie mit, dass die Messe „Gesund und Munter“, die letzte Sitzung hinterfragt wurde, nicht stattfinden werde und damit die SIE auch nicht teilnehmen.

Herr Kaminski erklärt, dass im Rahmen der Maßnahmenplanung nunmehr die Gebäudestrukturen der acht Einrichtungen in Augenschein genommen werde.

Frau Menorca fragt, ob die Auszubildenden der SIE die Chance hätten, übernommen zu werden. Frau Roggensack erklärt hierzu, dass alle Auszubildenden i.d.R. übernommen werden könnten.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 6.2. Bereichsreport Soziale Sicherung (2.500)

Herr Wulf und Frau Schwartz erläutern anhand einer Beamer-Präsentation den ersten Bereichsreport des Bereiches 2.500 – Soziale Sicherung. (Die Skizze ist der Niederschrift als Anlage beigelegt).

Herr Wulf erklärt, dass dieser erste Report die finanziellen und personellen Grunddaten im Bereich darstellen solle. Zudem soll die Vielfältigkeit und Komplexität der Aufgaben deutlich werden.

Eine Frage von Frau Schwartz zur Verständlichkeit der Gliederung wird vom Vorsitzenden dahingehend beantwortet, dass der Wunsch bei ihm bestehe, bei den einzelnen „Tortenstücken“ in der Skizze zu sehen, woher das Geld käme bzw. wie es sich aufschlüssele in Leistungen des Bundes bzw. der Kommune.

Herr Wulf erläutert, dass angedacht sei, im Laufe der kommenden Ausschüsse Thema für Thema nachvollziehbar zu machen. Diese Themen werden entweder vom Bereich selber vorgeschlagen oder aber auf Wunsch des Ausschusses aufgegriffen. Hierzu spricht Frau Schwartz.

Frau Menorca möchte wissen, ob mit der finanziellen Förderung der Kitas alle Kitas gemeint seien oder nur die städtischen Einrichtungen. Frau Schwartz erläutert hierzu, dass es sich um die Kita-Entgeltermäßigung handle und dies alle Einrichtungen betreffe.

Herr Wulf bittet den Ausschuss, die Skizzierungen auf Verständlichkeit zu prüfen und erklärt, dass der Bereich für Anregungen dankbar sei. Er erklärt, dass eine Transparenz gegenüber der Politik hergestellt werden solle.

Der Vorsitzende dankt Herrn Wulf und Frau Schwartz im Namen des Ausschusses für den Bericht.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 6.3. AWO-Frauenhaus - Projektvorstellung

Unter TOP 3 wurde bereits mitgeteilt, dass die Projektvorstellung aufgrund der Erkrankung der MitarbeiterInnen des AWO-Frauenhauses nicht stattfinden kann.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 6.4. Vorhandene und geplante Unterstützungspotentiale für demenziell erkrankte Menschen in Lübeck im Kontext des Gesamtkonzeptes Leben und Wohnen im Alter

VO/2013/00233

Herr Wulf gibt eine Einführung in den Bericht und erklärt, dass das Thema immer präsenter werde, vor allem auch für pflegende Angehörige. Der Bericht solle darstellen, welche Beratungs- und Versorgungssituation bestehen und herausarbeiten, was noch fehle.

Frau Kaske gibt eine Erläuterung zum Bezug zur Kommune und führt aus, dass es sich bei Demenzkranken um BürgerInnen dieser Stadt handle und sie zwischen den Zeilen des Berichtes gelesen habe, was noch fehlen würde. Sie erklärt, dass Lübeck auf einem guten Weg sei.

Weiter erläutert Sie, dass personelle Ressourcen fehlten und somit nur ein Teil abgearbeitet werden könne. Sie möchte wissen, wie viel Personal erforderlich sei und ob es Vorstellungen der Verwaltung hierzu gebe. Weiter erklärt sie, dass sie davon ausgehe, dass an den Inhalten des Berichtes weiter gearbeitet würde. Frau Kaske erklärt, dass für Sie klar sei, dass die Stadt kein Geld habe, vielleicht aber die Möglichkeit bestünde, Projekte mit Fördermitteln abzuarbeiten.

Frau Kaske gibt zum Bericht folgenden Antrag zu Protokoll:

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen, die Verwaltung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen

1. *zum Thema Schulung, dass MitarbeiterInnen der Hansestadt Lübeck mit Publikumsverkehr für die besonderen Schwierigkeiten von Menschen mit Demenz sensibilisiert werden. Diese Sensibilisierung wird auch MitarbeiterInnen der Bahnhofsmmission, BusfahrerInnen, der Polizei etc. angeboten.*
2. *zum Thema Schutzraum, dass hilflos aufgegriffene Personen mit Demenz vorübergehend untergebracht und versorgt werden, bis Identität und das „zu Hause“ geklärt sind.*

Herr Wulf erklärt hierzu, dass es im Rahmen der Zielvereinbarungen bereits Gespräche bzgl. gemeinsamer Fortbildungen z. B. mit der Bahnhofsmmission gegeben hätte.

Herr Wulf führt aus, dass im Rahmen der Lübecker Pflegekonferenz, deren Vorsitz von ihm wahrgenommen wird, die Schaffung eines Runden Tisches/ einer AG Demenz geplant ist, um die Vernetzung und den interdisziplinären Austausch der Fachleute zu verbessern.

Frau Trilke führt aus, dass es eine interne AG Soziale Sicherung gebe, die sich bereits damit beschäftigt hätte, wer sensibilisiert werden müsse. Weiter erläutert sie, dass es eine Vernetzung mit dem Kompetenzzentrum in Norderstedt gebe. Von dort seien bereits Schulungen mit der Polizei und dem Einzelhandel durchgeführt worden. Sie erklärt, dass das Kompetenzzentrum

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

vom Sozialministerium gefördert würde. Ein Schulungsbedarf für Lübeck solle ermittelt werden und würde bei der HL keine Kosten verursachen. Weiter erklärt sie, dass es in Sachen Wohnraumberatung eine Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Demenz gebe. Dort fänden Multiplikatoren-Schulungen in einer Musterwohnung statt. Die Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes und der Wohnraumberatung sollen dort geschult werden.

Hierzu spricht Herr Wulf.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Problem sei, dass es keine Datenlage gebe und fragt, ob die Chance bestünde, dass diese Daten irgendwann verfügbar sein könnten.

Herr Dr. Hamschmidt erklärt, dass hierzu eine Gesetzesänderung nötig wäre. Es bestehe keine Möglichkeit, die Daten der Krankenkassen einzusehen. Lediglich die Krankenhausentlassungsdaten wären einsehbar, diese zeigten aber nicht die Demenzerkrankten auf.

Hierzu spricht der Vorsitzende.

Herr Dr. Hamschmidt führt aus, dass es auf Landesebene Daten gebe, aus denen ersichtlich sei, wie viele Menschen in Schleswig-Holstein an Demenz litten. Er erklärt, dass in Lübeck prozentual recht viele ältere Menschen leben würden, im Gegensatz zu anderen Kommunen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es in Lübeck viele vollstationäre Plätze gebe aber nur 30 Plätze in 2 Tagespflegeeinrichtungen und fragt, ob dies bedarfsdeckend sei.

Frau Trilke erklärt, dass sich hier etwas ändern müsse.

Herr Böhning schlägt vor, darüber nachzudenken ob in städtischen Einrichtungen Tagespflege angeboten werden könne. Diese Idee wird vom Vorsitzenden unterstützt.

Eine Frage des Vorsitzenden zum Pflegeeneuausrichtungsgesetz und zur Allianz für Menschen mit Demenz beantwortet Herr Wulf damit, dass es sich hier um einen langen Prozess handele, es hierzu noch Gespräche zur konkreten Umsetzung geben müsse, auch auf Landesebene, da dort auch die Pflegekassen mit einbezogen würden.

Weiter erklärt Herr Wulf, dass ein Projekt mit Blick auf die ambulante Versorgung demenziell Erkrankter im Werden sei und der Ausschuss informiert werde, sobald es Konkretes gebe.

Herr Voht unterstützt den Antrag von Frau Kaske und erklärt, dass er den Fortbildungsaspekt sehr wichtig finde.

Frau Kaske richtet an dieser Stelle den Wunsch an die anwesende Presse, einmal eine entsprechende Berichterstattung zu geben, damit auch BürgerInnen sensibilisiert würden. Nicht jeder wisse, wie z. B. mit dementen bzw. verwirten Menschen umzugehen sei.

Herr Senator Möller erklärt, dass, wenn es sich um orientierungslose Personen im öffentlichen Raum handele und z. B. der Rettungsdienst einbezogen werde, die Frage der Übergabekette gegeben sei und dies mit allen beteiligten Diensten abgesprochen werden müsse.

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Der Vorsitzende bittet nunmehr über den Protokollantrag von Frau Kaske abzustimmen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 6.4 zur Kenntnis

Beschluss über den Antrag von Frau Kaske zu TOP 6.4
Einstimmige Annahme

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 6.4 zur Kenntnis

Beschluss über den Antrag von Frau Kaske zu TOP 6.4
Einstimmige Annahme

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 6.5. Jahresbericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck

VO/2013/00214

Der Vorsitzende erteilt Frau Bade das Wort.

Frau Bade erklärt, dass die Arbeit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung sehr vielseitig sei und sie selbst noch einiges lernen müsse, insbesondere die Vernetzung klappe noch nicht so ganz. Sie berichtet u. a. von Bauprojekten (UKSH und Schulen), bei denen die Barrierefreiheit ein großes Problem darstellt und erklärt, dass sie im letzten Jahr viel Unterstützung durch Verwaltung und Politik erhalten habe.

Der Vorsitzende erklärt, dass im Bericht ersichtlich wäre, dass an vielen Begehungen, Konferenzen und Treffen teilgenommen wurde, er im Bericht jedoch konkrete Ergebnisse vermissen würde, z. B. darüber was konkret erreicht wurde und auch wo weiterer Bedarf bestehe und Politik und Verwaltung sich ggf. einbringen müsse.

Frau Bade führt hierzu aus, dass die bei Ortsbegehungen aufgefallenen Probleme teilweise bereits behoben worden seien und gibt hierzu einige Beispiele.

Herr Böhning führt aus, dass der Bericht teilweise sehr konkret und teilweise sehr vage sei und bittet Frau Bade, mit Erfolgen nicht zu bescheiden zu sein.

Frau Bade erklärt, dass sie erst lernen müsse, mit der Bürokratie umzugehen.

Frau Menorca fragt, ob es im Verfahren der Vorlagen bei Bauvorhaben ggf. den Zusatz geben könne: Barrierefrei geprüft, um die Beteiligung der Behindertenbeauftragten zu gewährleisten.

Hierzu spricht Frau Bade.

Herr Senator Möller erklärt, dass z. B. für Bauvorhaben des UKSH das Gebäudemanagement Schleswig-Holstein zuständig sei, für kommunale Bauvorhaben der Fachbereich 5. Wenn man wie von Frau Menorca vorgeschlagen verfahren würde, müsse darüber nachgedacht werden, wie das Verfahren dann zu gestalten sei; dies gestalte sich nicht so einfach.

Eine Frage von Frau Kaske zum Logo wird von Frau Bade beantwortet. Sie erklärt, dass es sich dabei um einen runden Tisch mit 2 Rollstühlen handele.

Herr Jugert führt aus, dass das Altenparlament einen Antrag gestellt hätte, dass Fachhochschulen das Pflichtfach Seniorengerechtes Wohnen aufnehmen mögen.

Frau Bade erklärt hierzu, dass es Gespräche mit der Fachhochschule gegeben hätte und ihr mittlerweile ein Brief der Fachhochschule vorliege würde, in dem erklärt werde, dass dieses Pflichtfach in Lübeck eingeführt werden solle und es eine Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten und den Studenten geben werde.

Frau Jansen erklärt, dass sie den Eindruck hätte, dass Frau Bade noch gar nicht richtig in

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Planungen eingebunden wäre und weiter, dass der vorliegende Bericht auch in den Bauausschuss müsse.

Frau Bade teilt mit, dass sie viel einbezogen würde und der Eindruck täusche.

Herr Voht sorgt sich, dass die Erwartungshaltung an Frau Bade zu groß sei und macht klar, dass es sich bei ihrer Arbeit um ein Ehrenamt handle und bittet darum, den Behindertenbeauftragten nicht zu verschleißen. Weiter bittet er darum, passende Strukturen zur Erwartungshaltung zu schaffen. Herr Voht plädiert ebenfalls dafür, das Verfahren zu erweitern und den Bericht in den Bauausschuss zu geben.

Herr Möller erklärt, dass es auf der Hand liege, dass das Thema auch im Bauausschuss zur Sprache gebracht werden müsse, eine Änderung im Verfahrensablauf jedoch eine Zeitverzögerung bedeutete. Er teilt mit, dass er Herrn Senator Boden über die Debatte informieren werde, damit dann eine Einladung in den Bauausschuss erfolgen könne.

Frau Bade weist darauf hin, dass sie nicht alleine mit den Aufgaben sei, sondern sie auch Unterstützung durch den Behindertenrat erfahre. Weiter erklärt sie, dass die politische Vernetzung zukünftig ihr Vertreter, Herr Halbedel, mitbrächte. Weiter führt sie aus, dass sie bereits seit Jahren an Sitzungen des Bauausschusses teilnehmen würde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 7. Beschlussvorlagen

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 7.1. Soziale Stadt Buntekuh: Beendigung der Programmumsetzung

VO/2013/00097

Unter TOP 3 wurde die Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit um den TOP 7.1 erweitert. Weiterhin wurde beschlossen, den

TOP 7.1 „Soziale Stadt Buntekuh – Beendigung der Programmumsetzung

gemeinsam mit dem

TOP 9.2 „Soziale Stadt Moisling - Aktueller Sachstand zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen“

zu behandeln.

Der Vorsitzende erläutert, dass zum TOP 7.1 Herr Selk aus dem Fachbereich 5 für Fragen anwesend sei und weiter, dass der Fachbereich 2 Herrn Selk zum TOP 9.2 ebenfalls bittet, einen aktuellen Sachstand zu geben, da die Planungen der vorbereitenden Untersuchungen im Fachbereich 5 durchgeführt würden.

Hierzu spricht Herr Böhning.

Der Vorsitzende schlägt vor, gleich mit den Nachfragen zu beginnen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er keine Begründung erkennen könne, dass Programm zu beenden. Er fühlt sich „verladen“, insbesondere darüber, dass das Feld finanzielle Auswirkung in der Vorlage frei gelassen wurde.

Herr Voht merkt an, dass er keine Dringlichkeit sehen würde. Er teilt mit, dass er das Quartiersmanagement für wichtig halte und die Projekte in Buntekuh nachbetreut werden sollten. Er erklärt, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr Klinkel führt aus, dass auf der Vorlage das Datum 14.01.2013 stehe und die Vorlage doch schon vor Wochen hätte in den Ausschuss gegeben werden können.

Frau Kaske fragt, ob für den Zeitraum 2011 bis 2014 594.900,00 € ausgegeben worden seien. Sie erklärt, dass doch für das Quartiersmanagement Mittel bis 2014 hätten vorgehalten werden müssen. Sie fragt, ob es korrekt sei, dass wenn das Land auf ein Ende der Maßnahme drängen würde und das Quartiersmanagement weiter arbeitete, dann die HL zahlen müsse?

Herr Selk erklärt, dass die bewilligten Mittel jetzt nahezu ausgegeben seien, da es Verschiebungen von Maßnahmen gegeben habe und einzelne Maßnahmen teurer als geplant waren. Weiter führt er aus, dass das Quartiersmanagement generell dafür eingesetzt sei, um investive Projekte zu begleiten und vor Ort zu vernetzen. Jetzt gebe es einen generellen Paradigmenwechsel in der Städtebauförderung, der die Investitionsbegleitung als Aufgabe des Quartiermanagements deutlicher herausstellt. In der Tat seien die investiven Maßnahmen nunmehr nahezu abgeschlossen.

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

In Bezug auf die vorangegangenen Wortmeldungen erklärt Herr Selk zudem, dass sich aktuell in der Lenkungsgruppe intensiv mit dem Thema der Verstetigung befasst werde, um geschaffene Strukturen im Stadtteil zu erhalten. Das Datum auf der Vorlage sei auf die technischen Einstellungen des Ratsinformationssystems ALLRIS zurückzuführen und zeige den Tag an, wo die Vorlage im System lediglich angelegt wurde – auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Inhalt gefüllt wurde. Die Vorlage habe nicht früher in den Ausschuss gebracht werden können, da u.a. zunächst auch die Beteiligung der Öffentlichkeit im Buntekuh-Forum am 11.02.2013 erfolgen sollte.

Frau Jansen führt aus, dass das Projekt Soziale Stadt für Buntekuh sehr wichtig sei und nunmehr eine dünne Vorlage vorliegen würde, ohne richtige Zahlen und sie heute entscheiden solle, das Projekt zu beenden. Sie fragt, warum nicht zwischendurch informiert wurde.

Der Vorsitzende führt aus, dass das Quartiersmanagement bis 2014 geplant wurde und fragt, ob es jetzt erst aufgefallen sei, dass das Wiesental teurer geworden sei und weiter, ob dies im Haushalt korrekt abgebildet wurde.

Er führt weiter aus, dass in der Begründung der Vorlage nicht stehe, dass Schaden von Lübeck angewendet werden müsse. Es hätte jedoch eine erhebliche Auswirkung, wenn die HL für das Quartiersmanagement weiter zahlen müsse.

Zum von Herrn Selk angesprochenen Paradigmenwechsel erklärt Herr Voht, dass er es seltsam finde, dass dies rückwirkend geschehe und weiter, dass er es nicht gut heiße, dass der Ausschuss jetzt durch detektivische Fragen herausfinden müsse, dass das Wiesental zu teuer geworden sei. Er erklärt, dass der Ausschuss nicht Werkzeug der Verwaltung sein könne und erklärt, dass die Kommunikationskultur des Fachbereiches 5 nicht in Ordnung sei.

Herr Selk führt aus, dass es nicht um eine Ersparnis bei Land oder Stadt gehe. Die Mittel seien bis 2014 bewilligt und nun erschöpft und alle angestrebten Projekte seien nahezu beendet. Durch diesen Abschluss könnten das Quartiermanagement bis Juni 2013 und die Umsetzung einer abschließenden Einzelmaßnahme gesichert werden. Weiter führt er aus, dass eine solche angestrebte Vorgehensweise für das Projekt Soziale Stadt nicht ungewöhnlich sei. Ein Quartiersmanagement ohne Begleitung einer investiven Einzelmaßnahme wäre nicht mehr förderfähig. Herr Selk erklärt, dass die finanzielle Abwicklung über den städtischen Sanierungsträger als Treuhänder und ein Sondervermögen laufe und dies korrekt abgebildet sei. Es sei nicht das Ziel gewesen, die Vorlage per Dringlichkeit einzubringen, aufgrund des engen Zeitfensters von Beteiligung vor Ort, planerischer Abstimmung und dem Sitzungskalender der Gremien hätte keine andere Möglichkeit bestanden. Weiter erklärt er, dass er aus dieser Sitzung mitnehmen werde, dass der Informationsfluss bemängelt wurde und er versuchen wird, zukünftig öfter im Ausschuss für Soziales zu berichten.

Hierzu sprechen der Vorsitzende und Herr Selk.

Herr Senator Möller führt aus, dass das Projekt Soziale Stadt bestehe, um die Grundleistungsfähigkeiten der Kommunen zu stärken. Er erklärt, dass die Diskussion dahingehen solle, was für ein Gewinn in Buntekuh entstanden sei und welche Vorhaben bereits umgesetzt bzw. noch offen seien. Weiter plädiert er für eine konzentrierte und sachliche Fragestellung.

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Herr Böhning erklärt, dass der Gewinn für Buntekuh außer Frage stehe und es heute wohl kaum möglich sei, Licht ins Dunkel zu bringen. Er plädiert dafür, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Frau Kaske möchte wissen wie die Information vor Ort im Buntekuhforum aufgenommen wurde und weiter, dass doch die Steuerungsgruppe hätte informiert werden können. Sie erklärt, dass sie das Gefühl hätte, die Finanzen seien nicht richtig im Blick gewesen. Weiter führt sie aus, dass sie sich eine Erhellung durch die Mitglieder im Bauausschuss erhoffe.

Herr Selk erklärt, dass es hierzu im Buntekuhforum nur wenige Rückmeldungen gegeben und die letzte politische Runde im August stattgefunden hätte, da standen die Konsequenzen noch nicht fest.

Herr Böhning erklärt, dass man sich viel Ärger erspart hätte, wenn die politische Runde vorher informiert worden wäre.

Herr Voht erklärt, dass sich der Ärger nicht gegen die Arbeit oder gegen Herrn Selk selbst richte, sondern gegen seinen vorgesetzten Senator und weiter, dass an der Kommunikationsebene gearbeitet werden müsse. Herr Voht möchte für sich eine Nichtzustimmung zur Vorlage dokumentiert haben.

Der Vorsitzende lässt nunmehr über den Vorschlag von Herrn Böhning abstimmen, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Empfehlung zu TOP 7.1 an die Bürgerschaft:
Mehrheitlich bei 10 Ja- Stimmen und 5 Nein-Stimmen
Kenntnisnahme ohne Votum

Nunmehr berichtet Herr Selk zum TOP 9.2 „Soziale Stadt Moisling - Aktueller Sachstand zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen“

Nunmehr berichtet Herr Selk zum TOP 9.2 „Soziale Stadt Moisling - Aktueller Sachstand zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen“

Herr Selk stellt dar, dass Lübeck Moisling in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen sei. Als Grundlage und Voraussetzung für eine anschließende, weiterführende Programmteilnahme müssten sog. „Vorbereitende Untersuchungen“ (VU) durchgeführt werden. Die VU seien ein formales Verfahren nach BauGB, welches die Sanierungsbedürftigkeit untersuche und beurteile und schließlich im Ergebnis ein Fördergebiet sowie erste Ziele und Handlungsfelder definiere.

Die vorbereitenden Untersuchungen seien Ende letzten Jahres ausgeschrieben und in der letzten Woche vergeben worden. Mit der Durchführung wären die Arbeitsgemeinschaft der Büros Elberg, polis aktiv und ter Balk Landschaftsarchitektur beauftragt worden. Herr Selk weist darauf hin, dass die Auswahl des Büros durch eine verwaltungsinterne und bereichsübergreifende Lenkungsgruppe, in der die Fachbereiche 2, 3, 4 und 5 vertreten seien,

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

erfolgt sei. Diese Lenkungsgruppe werde den Prozess auch weiterhin koordinieren und begleiten.

Herr Selk erläutert weiter, dass es in der nächsten Woche eine Pressemitteilung geben werde, die auf den Beginn der Untersuchungen und die vorgesehenen Veranstaltungen hinweise. Die Auftaktveranstaltung würde voraussichtlich im April stattfinden, weitere Veranstaltungen unter Beteiligung der BewohnerInnen im Quartier würden folgen.

Herr Selk erklärt, dass geplant sei, zum Ende des Jahres in den Ausschüssen über das Ergebnis der VU zu berichten.

Der Vorsitzende erklärt, wenn es zu TOP 7.1 ähnliche Auskünfte gegeben hätte, wären vielleicht keine Probleme aufgetreten.

Herr Voht möchte wissen, wer in der Steuerungsgruppe aus dem FB 2 zukünftig teilnehmen würde.

Frau Schwartz teilt mit, dass es sich um Frau Scharrenberg handeln werde.

Eine Frage von Frau Jansen zu den Kosten der Voruntersuchung beantwortet Herr Selk.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beschluss:

Die Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in der Gesamtmaßnahme Lübeck-Buntekuh wird aufgrund der nahezu abgeschlossenen Projektumsetzung und des erschöpften Finanzierungsrahmens an bewilligten Städtebauförderungsmitteln vorzeitig zum 31.12.2013 beendet.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

mit der Bitte um:

- | | |
|--|---|
| ☐ zum Vorgang | ☐ Rücksprache |
| ☐ Erledigen mit Rückmeldung | ☐ Wiedervorlage zum: _____ |
| ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen | |

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 9.1. Ausschuss für Soziales 05.03.2013
Aufstellung nicht erledigter Tagesordnungspunkte

VO/2013/00326

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 9.2. Soziale Stadt Moisling - Aktueller Sachstand zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen

Dieser TOP wurde bereits gemeinsam mit TOP 7.1 abgehandelt.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 9.3. Schwangerschaftskonfliktberatung - Zielvereinbarungen

Herr Dr. Hamschmidt bezieht sich auf eine Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses am 05.02.2013, warum in der Zielvereinbarung mit den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen als eines der Ziele vereinbart worden war, nur 80 % der ihnen pro Kalenderjahr zugewiesenen Mittel zu vergeben. Herr Dr. Hamschmidt erklärt, dass dies insbesondere dadurch bedingt sei, dass manchmal Frauen aus unterschiedlichen Gründen Geld zurückgeben. Dadurch käme es dann rein theoretisch zu einer Minderausnutzung der Gesamtmittel. Dieses sei in Lübeck aber praktisch nicht gegeben, fast alle Stellen würden ihre 100 % ausschöpfen, manche lägen sogar bei 140 % . Die 140 % können z. B. dadurch erreicht werden, dass von anderen Stellen im Lande zurückgegebene Mittel neu verteilt würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 10. Anfragen

Es liegt nichts vor.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 11. Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP	Anmeldung von sozialen Projekten für die
11.1.	EU-Förderperiode 2014-2020
	- Antrag von AM Roswitha Kaske -

VO/2013/00257

Frau Kaske begründet ihren Antrag.

Herr Wulf erklärt hierzu, dass der Inhalt des Antrages absolut positiv zu werten sei, eine Umsetzung jedoch personaltechnisch nicht leistbar wäre. Zudem führt er aus, dass die zeit- und arbeitsintensive Suche nach Fördermitteln nicht nur die Umsetzung des Gesamtkonzeptes *Leben und Wohnen im Alter* betreffen würde. Er bittet darum, im nächsten Ausschuss berichten zu dürfen, um bis dahin eine genauere Prüfung und Darlegung der Problematik vornehmen zu können.

Frau Kaske unterstreicht, dass es nicht sein dürfe, dass auf Fördermittel verzichtet würde, weil es hierfür nicht genügend Personal gebe. Hier müsse dann ein Aufschrei durch die Politik erfolgen.

Hierzu spricht der Vorsitzende.

Herr Voht hielte es für sinnvoll, wenn es eine zentrale Stelle in der Hansestadt Lübeck geben würde oder wenigstens im FB 2, um Freiräume für die Zukunft zu schaffen.

Frau Höfs gibt hierzu eine Information bzgl. der zukünftigen Änderung in der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck. Zukünftig soll die Beantragung von Fördermitteln durch den Hauptausschuss geprüft werden.

Frau Kaske erklärt, dass jetzt erst einmal nur eine Prüfung erfolgen solle. Weiterhin verweist sie darauf, dass der FB 4 auch immer in neue Förderprogramme einsteigen würde.

Herr Schulz unterstreicht die personelle Auslastung des Bereiches 2.500 damit, dass der Bereich Soziale Sicherung mit 5 % des städtischen Personals auch 25 % des städtischen Haushaltsvolumens bewege.

Beschluss:

Zum 01. Januar 2014 wird der mehrjährige Finanzrahmen für den EU-Haushalt 2014 – 2020 in Kraft treten. Darin werden Mittel für soziale Bereiche wie Eingliederung, Armut Mobilität und ältere Menschen enthalten sein.

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen, den FB 2 zu bitten schon jetzt zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten für Lübecker Projekte sich daraus ergeben können.

Dem Ausschuss ist laufend zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP **Fortschreibung des Armutsberichts 2006**
11.2. **- Antrag des AM Jens Uwe Schulz -**

VO/2013/00325

Herr Wulf führt aus, dass Frau Scharrenberg federführend mit dem Thema betraut sei und aktuell ein erster Termin mit wichtigen Akteuren unmittelbar bevorsteht.

Es soll überlegt werden, ob es eine Orientierung an den Armutsberichten auf Landes- bzw. Bundesebene geben könne. Ein Gestaltungsvorschlag hierzu solle im nächsten Ausschuss gegeben werden. Dieser wird in kurzer Form Struktur, inhaltliche Schwerpunkte und die weitere Vorgehensweise beschreiben.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm diese Information ausreiche und zieht seinen Antrag zurück.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Bereich 2.500 (Soziale Sicherung) wird gebeten, in der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 5. März 2013 mündlich über den aktuellen Stand der Arbeiten an einer Fortschreibung des Sozial- und Armutsberichts der Hansestadt Lübeck zu berichten

Herr Schulz zieht seinen Antrag zurück.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 12. Verschiedenes

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP
12.1. **Armutszuwanderung**

Herr Jugert spricht zur Thematik Armutszuwanderung und möchte wissen, ob Lübeck auch in dem Maße, wie z. B. Duisburg von dem Problem betroffen sei. Weiter möchte er wissen, ob es stimme, dass Deutschkurse für diesen Personenkreis nicht bezahlt würden, wo doch Integration gefordert werde. Er fragt weiter, ob die Kommunen diese Kurse nicht zahlen könnten.

Frau Schwartz erklärt, dass es hierzu bereits eine Information des Städteverbandes gebe, Lübeck jedoch die Schwierigkeiten wie andere Städte noch nicht hätte. Sie führt weiter aus, dass es sich bei dem genannten Personenkreis um Menschen aus Bulgarien und Rumänien handele. Die Verwaltung in Lübeck sei jedoch sensibilisiert, es werde genau beobachtet und es erfolgten Überlegungen, wie ggf. verfahren werden könne.

Eine weitere Frage von Herrn Jugert beantwortet Frau Schwartz,

Frau Wolgast führt hierzu aus, dass es bereits einen Zulauf von Menschen aus Bulgarien und Rumänien im Jobcenter gegeben habe und zwar im Selbstständigenteam. Es würden dubiose Gewerbebeanmeldungen erfolgen und durch die Selbstständigkeit erhält dieser Personenkreis dann die Möglichkeit in den SGB II-Bezug zu kommen. Es gibt hier bereits eine Kooperation Jobcenter – Hauptzollamt/Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013

TOP 13. Nichtöffentlicher Teil

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende gibt als nächsten Sitzungstermin, Dienstag 07.05.2013, bekannt und beendet die Sitzung um 18.20 Uhr.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 05.03.2013